

## **Sozialhilfe: Unrechtmässig bezogene Leistungen**

*§ 40 Absatz 1 SHG - Die Rückzahlung unrechtmässig bezogener Leistungen ist nicht vom Verschulden abhängig (E. 9).*

*§ 40 Absatz 1 SHG - Die Vereinbarung einer minimalen Ratenzahlung stellt keinen Fall grosser Härte dar (E. 12).*

*§ 40 Absatz 2 SHG - Verjährungsfrage (E. 10).*

Aus den Erwägungen:

9. Im vorliegenden Fall beantragt die Beschwerdeführerin zunächst, es sei der Entscheid vom 27. Juni 2006 aufzuheben und an die Vorinstanz zur Neu Beurteilung an die Sozialhilfebehörde zurückzuweisen. Zur Begründung führt die Beschwerdeführerin im Wesentlichen aus, dass sie die zuständige Sozialarbeiterin immer über die tatsächlich bezogenen Unterhaltsbeiträge informiert und die entsprechenden Bankbelege vorgelegt habe. - Gemäss § 40 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes vom 21. Juni 2001 über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (SHG, SGS 850) sind unrechtmässige Leistungen zurückzuzahlen. Im vorliegenden Fall hat die Beschwerdeführerin unbestrittenermassen zu viele Unterstützungsleistungen seitens der Sozialhilfebehörde bezogen. Sie hat Leistungen bezogen, auf die sie gestützt auf das Sozialhilferecht kein Anrecht gehabt hätte. Ob die Beschwerdeführerin diese Leistungen, wie von der Sozialhilfebehörde vorgebracht wird, unter Angabe unwahrheitsgetreuer Angaben erschlichen hat oder, wie von der Beschwerdeführerin geltend gemacht, auf das Fehlverhalten der Sozialen Dienste zurückzuführen ist, kann offen gelassen werden. § 40 Absatz 1 Satz 1 SHG setzt kein Verschulden seitens der betroffenen Person voraus. Die von der Beschwerdeführerin zuviel bezogenen Leistungen sind, unabhängig, ob der Beschwerdeführerin oder der Sozialhilfebehörde ein gewisses Fehlverhalten vorzuwerfen ist, unrechtmässig bezogen und somit von der Beschwerdeführerin im Sinne von § 40 Absatz 1 Satz 1 SHG zurückzuzahlen. Die Beschwerde ist unter diesem Aspekt unbegründet und folglich abzuweisen.

10. Die Beschwerdeführerin bringt des Weiteren vor, dass allfällige Rückzahlungsansprüche, welche Leistungen vor April 2005 betreffen, verjährt seien, da die Sozialarbeiterin Frau A.B. aufgrund der Bankbelege und aufgrund der deklarierten Unterhaltszahlungen über die effektiven Unterhaltszahlungen im Bild gewesen sei. - Die Beschwerdeführerin beantragt mit ihren Vorbringen sinngemäss, es seien die verjährten Beträge von den insgesamt zuviel bezogenen Leistungen in der Höhe von Fr. 11'292.80 in Abzug zu bringen. Gemäss § 40 Absatz 2 SHG verjähren Rückzahlungsforderungen innert eines Jahres seit Bekanntwerden ihres Grundes, spätestens jedoch nach fünf Jahren seit Ausrichtung der Leistung. Die Beschwerdeführerin vertritt mit ihren Äusserungen die Auffassung, dass die Sozialhilfebehörde ab April 2004 Kenntnis von den in der Berechnung der Unterstützung nicht berücksichtigten Unterhaltsbeiträgen gehabt haben muss. Da die Sozialhilfebehörde, trotz Kenntnis, ihre Forderungsansprüche erst im April 2006 ihr gegenüber zurück verlangt, könne sie nur ein Jahr zurück und zwar bis April 2005 ihre Ansprüche geltend machen. Die Beschwerdeführerin geht damit unrichtig von der Annahme aus, dass Rückforderungsansprüche im Sinne des § 40 SHG innerhalb eines Jahres verjähren. § 40 Absatz 2 SHG bedeutet, dass Rückzahlungsforderungen im Sinne des § 40 SHG innerhalb eines Jahres nach Bekanntwerden ihres Grundes von der Sozialhilfebehörde geltend zu machen sind, jedoch für den Zeitraum von der Geltendmachung bis fünf Jahre zurück

verlangt werden können. Geht man somit von der Auffassung der Beschwerdeführerin aus, dass die Sozialhilfebehörde seit Unterstützungsbeginn Kenntnis von den zusätzlich geleisteten Unterhaltsbeiträgen von C.D. gehabt haben muss und hätte die Sozialhilfebehörde ihren Anspruch erst im April 2006 geltend gemacht, so könnte die Sozialhilfebehörde, im Sinne der Interpretation der Beschwerdeführerin des § 40 Absatz 2 SHG, keinerlei Ansprüche gegenüber der Beschwerdeführerin geltend machen, da seit der Bekanntgabe bereits zwei Jahre verstrichen wären. Im Folgenden ist zu prüfen, ob allfällige Rückzahlungsforderungen der Sozialhilfebehörde bereits verjährt sind. Dabei ist zunächst die Frage zu klären, wer die Beweislast für den Zeitpunkt des "Bekanntwerdens des Grundes" im Sinne des § 40 Absatz 2 SHG trägt. Analog zu Artikel 8 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210) trägt auch im Verwaltungsrecht derjenige die Beweislast, der aus der unbewiesenen Tatsache hätte Rechte ableiten können (vgl. zum Beispiel BGE 114 Ia 5, E. 8c). Im vorliegenden Fall trägt die Sozialhilfebehörde die Beweislast, dass sie an einem bestimmten Zeitpunkt Kenntnis von den zuviel geleisteten Beiträgen erhalten hat. Diesen Beweis hat sie mit dem Schreiben vom 8. Januar 2006 von C.D. erbracht. Die Beschwerdeführerin bringt diesbezüglich vor, dass die Sozialarbeiterin von ihr die monatlichen Bankbelege erhalten habe, die bestätigen würden, dass sie seit April 2004 zusätzlich Fr. 710.-- bezieht. Diesbezüglich gilt, wie die Sozialhilfebehörde zu Recht entgegenbringt, anzumerken, dass das Unterstützungsgesuch, das von der Beschwerdeführerin am 10. April 2004 unterzeichnet wurde, deutlich deklariert, dass nur Fr. 1'000.-- inklusive Kinderzulagen an Unterhaltszahlungen bezogen werden. Weiter zeigt die Bestätigung von C.D. und der Beschwerdeführerin vom 14. April 2004, dass C.D. lediglich den Betrag von Fr. 1'000.-- der Beschwerdeführerin überweist. Als Indiz dienen auch die Verfügungen der Sozialhilfebehörde, aus denen deutlich hervorgeht, dass bei der Berechnung der Unterstützung lediglich ein Betrag von Fr. 1'000.-- berücksichtigt wurde. Weitere Indizien bringen die Tatsache, dass die Beschwerdeführerin von C.D. eine getrennte Überweisung der Unterhaltsbeiträge haben wollte und die Ausführungen der Beschwerdeführerin, aus denen auch nicht hervorgeht, dass sich die Beschwerdeführerin im April 2004 gegen die von der Sozialhilfebehörde zuviel bezahlten Krankenkassenbeiträge, die vom Ehemann bereits im Monat März 2004 geleistet worden sind, gewährt haben soll. Aufgrund dieser Darlegungen bestehen hinreichende Indizien, den Ausführungen der Beschwerdeführerin nicht Glaube zu schenken. Ausserdem liegt nebst der Behauptung der Beschwerdeführerin, sie habe die Bankbelege der Sozialarbeiterin jeden Monat ausgehändigt, keinerlei Beweismittel vor, die den Beweis der Sozialhilfebehörde widerlegen könnten. Der Gegenbeweis der Beschwerdeführerin ist demnach in casu nicht erbracht worden. Es ist folglich davon auszugehen, dass die Sozialhilfebehörde am 8. Januar 2006 Kenntnis von den in der Berechnung der Unterstützung nicht berücksichtigten Einnahmen der Beschwerdeführerin erhalten hat. Aufgrund der Tatsache, dass die Sozialhilfebehörde ihre Rückzahlungsansprüche innerhalb eines Jahres geltend gemacht hat (April 2006), kann nicht von einer Verjährung der Rückzahlungsforderung ausgegangen werden. Die Beschwerde ist auch unter diesem Aspekt unbegründet und folglich abzuweisen.

(...)

12. Die Beschwerdeführerin beantragt eventualiter, es sei ihr die Rückzahlungsforderung in der Höhe von Fr. 11'292.80 zu erlassen. Zur Begründung führt sie diesbezüglich aus, dass die Sozialhilfebehörde zu Unrecht aufgrund ihrer finanziellen Lage kein Fall grosser Härte angenommen habe. - Gemäss § 40 Absatz 1 Satz 2 SHG kann in Fällen grosser Härte die

Rückzahlung ganz oder teilweise erlassen werden. Im vorliegenden Fall hat die Überprüfung der Abrechnung der Sozialhilfebehörde betreffend der zu viel bezogenen Unterstützungsleistungen der Beschwerdeführerin ergeben, dass die Abrechnung einen zuviel bezogenen Betrag von Fr. 410.70 nicht berücksichtigt. Wie bereits unter Ziffer 10 hiervor angedeutet wurde, hat die Beschwerdeführerin für den Monat April 2004 von der Sozialhilfebehörde Krankenkassenbeiträge erhalten, obwohl aus den Unterlagen von C.D. hervorgeht, dass er im Monat März 2004 zwei Monate Krankenkassenbeiträge in der Höhe von Fr. 821.40 der Beschwerdeführerin bezahlt hat. Da die Beschwerdeführerin ab 1. April 2004 einen Unterstützungsanspruch verzeichnete, wäre ein zusätzlich zuviel bezogener Betrag von Fr. 410.70 zu berücksichtigen. Aufgrund des Grundsatzes des Verbots der reformatio in peius und der Tatsache, dass die Abrechnung der Sozialhilfebehörde weitergehend korrekt ist, wird die Angelegenheit nicht zur Neuurteilung an die Vorinstanz zurückgewiesen, damit die Beschwerdeführerin dadurch nicht schlechter gestellt werden würde, als wenn sie die Verfügung nicht angefochten hätte. Dennoch zeigt dies, dass die Beschwerdeführerin beinahe Fr. 12'000.-- zuviel bezogen hat. In ihren Ausführungen geht die Beschwerdeführerin nicht näher darauf ein, für was sie das Geld verwendet hat. Die finanziellen Verhältnisse der Beschwerdeführerin können zwar nicht gerade als gut bezeichnet werden. Durch die Vereinbarung eines - wie von der Sozialhilfebehörde vorgeschlagenen - Minimalratenzahlungsbetrages, der zwischen der Sozialhilfebehörde und der Beschwerdeführerin noch festzulegen wäre, ist jedoch der Fall einer grossen Härte hinreichend berücksichtigt worden. In diesem Sinne ist die Beschwerde unbegründet. Das Begehren der Beschwerdeführerin, es sei eventualiter die Rückzahlungsforderung zu erlassen, ist demnach abzuweisen.

(RRB Nr. 82 vom 23. Januar 2008)